

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1912

20.2.1912 (No. 50)



Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

No 50

Dienstag, den 20. Februar 1912

155. Jahrgang

Expedition:
Carl Friedrich-Strasse Nr. 14 (Fernsprech-
anschl. Nr. 154), wofür auch Anzeigen
in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P;
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 65 P
Einrückungsgebühr: die 6mal gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 P Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte
werden nicht zurückgegeben und es wird keine
Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung
übernommen.

Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 15. Februar 1912 gnädigst bewogen gefunden, dem Generaldirektor der Norddeutschen Seelversicherungs-Gesellschaft Schelske in Berlin das Ritterkreuz erster Klasse Höchstzweites Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Mit Entschliegung des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses, der Justiz und des Auswärtigen vom 12. Februar 1912 wurde dem Telegraphenassistenten Wilhelm Hilderhof in Pforzheim der Titel Telegraphen-sekretär verliehen.

Nicht-Amtlicher Teil.

Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

Berlin, 17. Februar.

Am Bundesratsitzung Wermuth, Dr. Bischoff, Dr. Delbrück, v. Heeringen.

Präsident Kämpf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten. Es folgt die Fortsetzung der ersten Beratung des Etats.

Abg. Ledebour (Soz.):
Der Reichstanzler hat gestern ebenso wie Herr Licentiat Mumm (Zurufe: Abgeordneter Mumm! Unruhe) sich bemüht, diejenigen Parteien mit Ermahnungen zu überschütten, die aus dem Wahlkampf mit einem gewissen Selbstgefühl hervorgegangen sind. Herr Mumm machte den Eindruck eines Pöbelanführers, der am jüngsten Tage die armen Sünder in die ewige Verdammnis führt. Der Inhalt seiner Rede entsprach aber nicht der moralischen Selbsterziehung ihrer Form. Sie enthielt mehr als eine Denunziation, die unter anständigen Umständen als verwerflich betrachtet wird. Daß eine sozialdemokratische Verammlung unter dem Namen Sepering mit einem Choral eröffnet worden sei, ist erlogen. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Mumm-pih!) Der Reichstanzler sollte an seine staatsmännliche Pflicht gemahnt werden, während der ganzen Etatsberatung hier zu bleiben und nicht wie Bismarck sie von weitem anzuhören. Nachdem er uns in der unerhörtesten Weise provoziert hat, sollte er auch die Kritik anhören. Wenn irgend ein Mitglied des Hauses seinem Unwillen über den Ausfall der Präsidentenwahl Ausdruck gibt, so ist das sein gutes Recht, aber wenn ein bureaukratischer Angestellter des Deutschen Reiches, der auf Grund höfischer Gnade in seinem Amt ist, sich erlaubt, den Deutschen Reichstag deshalb herunterzuzupfen, so ist das eine unerhörte Anmaßung. (Lebhaftes Bravo links, große Unruhe und Zwischenrufe rechts, Glocke des Präsidenten.)

Präsident Kämpf:
Herr Abg. Ledebour, Sie überschreiten die Grenzen des parlamentarisch Zulässigen!

Abg. Ledebour fortfahrend:
Die Ansicht des Grafen Raschdowski, die Sozialdemokratie werde sich durch das Räuterungsfeuer des Revisionismus hindurch in eine bürgerliche Partei zurückentwickeln, wird einmütig von sämtlichen Richtungen unserer Partei entschieden abgelehnt. Unsere Aktion in Maastricht hat sich als völlig verfehlt erwiesen, und unsere marokkanische Politik hat durch den „Grenzboten“-Prozess eine eigenartige Beleuchtung erfahren. Unter Beugeneid ist dort ausgefragt worden, es seien Deutsche als Agents provocateurs nach Agadir geschickt worden, um von dort Hilferufe laut werden zu lassen. Ich fordere unsere Regierungsbekträter, insbesondere Herrn von Riederlen-Wächter auf, hierher zu treten und zu erklären, ob dort ein Meineid geleistet worden ist. Sonst fällt auf Sie der Verdacht der verbrecherischen Untriebe, einen Krieg herbeigeführt zu haben! (Unruhe, Glocke, Präsident Kämpf rügt diesen Ausdruck.) Wo hin der Imperialismus führt, zeigt uns das Beispiel des Prozesses Agem. Die dabei zutage getretene Barbarei und Brutalität, die Parentivillie kann nicht scharf genug kritisiert werden, auch hier im Reichstage. Der Was des Staatssekretärs Solz, über das Eheverbot mit Samoanerinnen ist nicht scharf genug zu verurteilen. Dadurch werden die Samoanerinnen in die Prostitution getrieben. (Staatssekretär v. Riederlen-Wächter betritt den Saal.) Wenn Sie (zum Zentrum) nicht dagegen Stellung nehmen, so kommen Sie mir hier nicht wieder mit Ihren Beschwerden über Unbilligkeit in Wort und Bild! Wir werden die Koalitionsfreiheit der Arbeiter unter allen Umständen wahren und sicherstellen. Nimmt man ihnen das Koalitionsrecht, so drückt man sie zum willenlosen Werkzeug der Kapitalisten herab. Das Reichstagswahlrecht, welches Graf Westarp verächtlich angriff, ist für uns unantastbar. Die Wahlkreis-einteilung muß geändert werden. Auf 100 000 Einwohner soll ein Abgeordneter entfallen. Findet sich die Regierung und der Reichstanzler nicht dazu bereit, dem Sinn dieses Paragraphen der Verfassung entsprechend zu handeln, so bedeutet das einen Bruch der Verfassung. (Präsident Kämpf

ruft den Redner wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung.) Ledebour fortfahrend: Graf Raschdowski, der uns phantastische Ziele vorgeworfen hat, ist selber ein Phantast schlimmster Sorte. (Zurufe und Unruhe.) Das Proletariat ist von großen Idealen erfüllt. In unsern Händen liegt das Wohl und die Zukunft unseres Vaterlandes. (Weifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Kämpf ruft den Abgeordneten Ledebour nachträglich zur Ordnung, weil er der Regierung verbrecherische Untriebe vorgeworfen habe.

Staatssekretär v. Riederlen-Wächter:

Der Abg. Ledebour hat Angriffe gegen die Regierung unseres großen Nachbarreiches, mit dem wir in Frieden und Freundschaft leben, gerichtet. Diese Angriffe waren solche, wie sie in diesem hohen Hause wohl noch nicht gehört worden sind. (Hört, hört rechts.) Er hat der Regierung verbrecherische Absichten und Taten vor der ganzen Welt vorgeworfen. Ich kann diese Angriffe nur auf das Lebhafteste bedauern, und muß sie auf das allerentschiedenste zurückweisen. (Weifall rechts.) Ich bin auch überzeugt, daß die große Mehrheit in diesem Hause mein Bedauern teilt. (Weifall rechts, Rufe bei den Sozialdemokraten: Nel!) Der Herr Abgeordnete hat auch mir Verbrechen vorgeworfen. Darauf glaube ich mich nicht weiter verteidigen zu sollen. Er hat mir aber in seiner Rede, wo er über die Marokkanengelegenheit sprach, die erwünschte Gelegenheit gegeben, einmal mit einem Märchen aufzuräumen, das sich schon lange in der Presse herumtreibt, das ist das, daß ich gewisse Kreise aufgehetzt hätte, indem ich gesagt hätte, wir wollten Teile von Marokko nehmen. Da möchte ich historisch zurückgreifen auf die Zeit, ehe wir den „Panther“ nach Agadir geschickt hatten. Es war von mir ein ausführliches Programm ausgearbeitet worden. Dieses Programm habe ich dem Herrn Reichstanzler vorgelegt, der es genehmigt und die Genehmigung seiner Majestät erhalten hat. Wir hatten schon lange mit Frankreich verhandelt, weil die Sache so nicht weiter ging, wie sie sich durch den Zug nach Fez gestaltet hatte. Wir haben das Schiff nach Agadir geschickt, um die Sache in Fluß zu bringen. Wir haben dadurch festgestellt wollen, daß die Franzosen nicht das Recht, namentlich aber kein Mandat für ganz Europa hatten, in Marokko vorzugehen, und das wir, wenn unsere Untertanen in Marokko gefährdet sind, daselbe Recht haben, sie zu schützen. Einige Tage vorher, ehe das Schiff nach Agadir ging, habe ich Herrn Dr. Klaas gesprochen. Ich möchte hier einfügen, Herr Dr. Klaas war in dem Prozeß nicht gehört worden. Ich habe ihm damals gesagt, wir werden demnächst etwas tun, um die Marokkanengelegenheit in Fluß zu bringen, es sind aber erst Einleitungen zu verhandeln. So unangenehm war die Sprache, die ich mit ihm geführt habe. Darnach bin ich nach Kissingen gegangen. Ich habe in Kissingen mit dem französischen Vorkämpfer bereits die erste Aussprache über die Kompensationen gehabt, und zwar ausdrücklich über Kompensationen außerhalb Marokkos. Ich habe ihm nur zugehört, daß er mir das nennen soll, was er herausfinden könne. Es war nach dieser Unterredung im Juni, da wollte Herr Dr. Klaas mich sprechen. Ich war nicht hier, und statt meiner hat der Unterstaatssekretär mit ihm gesprochen. Er hat ihm auseinandergesetzt, daß wir nicht Teile von Marokko haben wollen, und hat ihm die bekannten Gründe angegeben, daß wir in Marokko keine Siedelungskolonie fänden, keinen Kriegszustand hätten usw. Da hat Herr Dr. Klaas am Schluß der Unterredung gesagt: Ach, das ist schade! Allerdings hat dann der Herr seine Schrift geschrieben: „Westmarokko deutsch!“ Soweit ich weiß, hat Herr Dr. Klaas mir nur immer den Vorwurf gemacht, daß ich schlechte Politik gemacht habe, der Fehler wäre, nicht einen Teil von Marokko zu nehmen. Daß ich ihm aber gesagt hätte, wir wollten das tun, dafür liegt von Dr. Klaas selbst keine authentische Äußerung vor, und sie würde auch nicht richtig. Dann ist in den Zeitungen namentlich auch behauptet worden, ich hätte einem Abgeordneten, der nicht mehr hier ist, einmal gesagt, wir müßten Marokko nehmen, und er hätte sich sofort stenographische Aufzeichnungen gemacht. Mit diesen Märchen ist oft Krebsen gegangen. Ich war mir aber ausdrücklich bewußt, daß ich in dieser Unterredung ausschließlich auseinandergesetzt habe die Gründe, warum wir nicht Teile von Marokko haben wollten. Es hat sich nachher auch herausgestellt, daß eine kleine Verwechslung stattgefunden hatte. Es waren die stenographischen Aufzeichnungen verwechselt worden mit denen über eine Unterredung, die über die marokkanische Angelegenheit mit einem Journalisten stattgefunden hatte.

Nun habe ich eine dritte Unterredung mit Herrn Dr. Klaas gehabt. Auf diese ist in dem Prozeß Bezug genommen worden. Diese Unterredung war im September, wo ich schon ziemlich über das reine Marokko-Abkommen mit dem französischen Vorkämpfer eins war und wo wir eine kleine Pause machten, um nachher über das Kongressabkommen zu verhandeln. Wie sollte ich dazu kommen, in dieser Unterredung zu sagen: „Ich werde mir einen Teil von Marokko nehmen.“ Es war allerdings eine sehr chauvinistische Stimmung in der französischen Presse und so war es uns ganz erwünscht, daß sich auch bei uns eine patriotische Stimmung bildete, für unsere Rechte einzutreten. Da fragte mich Herr Dr. Klaas, wenn es nachher zu Verhandlungen der Alldeutschen käme, was er da sagen sollte. (Große Heiterkeit.) Ja, meine Herren, wenn Sie zu mir kommen, dann werde ich es Ihnen auch sagen. (Erneute Heiterkeit.) Er hat mich ausdrücklich gefragt, welches die Absichten der Regierung seien. Daraus kann man ihm keinen Vorwurf machen und mir auch nicht, wenn ich ihm geantwortet habe: Die Dinge liegen so. Wir wollten Kompensationen, aber noch ist nicht das Studium, daß wir sagen können, die Sache ist fertig. Es ist ganz gut, wenn sich bei uns eine

patriotische Stimmung bildet, schadet nichts und es ist kein Verbrechen, wenn Sie etwas dafür tun. — Ich will noch zurückweisen, daß wir nach Agadir geschickt hätten. Ich weiß wirklich nicht, was die dort hätten tun sollen. Ich glaube aber, daß die Herren aus dem, was ich ihnen gesagt habe, erkannt haben werden, daß es unwahr ist, daß ich irgend jemanden damit gekommen wäre, wir wollten einen Teil von Marokko nehmen und man möchte dafür Propaganda machen. Diese Bewegung ist gekommen ohne unser Zutun. Das mögen Sie schon daraus erkennen, daß ich immer von dieser Seite angegriffen worden bin. Irigend eine Äußerung, wie in dem Prozeß über Spitze usw., das möchte ich ausdrücklich betonen, ist nicht von den Herren, die ich gesprochen habe, gekommen, sondern sie mögen gekommen sein von irgend einem Dritten. Die Herren, die ich gesprochen habe, sind bedauerlicher Weise in dem Prozeß nicht gehört worden.

Abg. Gröber (Zentrum):

Das Gesetz für die Ministerverantwortlichkeit muß von uns unbedingt gefordert werden. Wie bei jedem Staatsbeamten, läßt sich auch einem Minister gegenüber der Rathbestand sehr wohl feststellen. Durch eine Änderung des Wahlreglements müssen möglichst die Stichwahlen beseitigt werden. Daß die Wahlprüfungen dem Hause genommen und vor ein besonderes Gericht gestellt werden sollen, entspricht nicht unsern Wünschen. An der Wahlkreis-einteilung darf nicht gerüttelt werden. Eine Moralpredigt, den bürgerlichen Parteien zu halten, war völlig verfehlt. Damit macht der Reichstanzler keinen Eindruck, zumal da er d. i. Beispiel der Erbschaftsteuer in die Parteien werfen will. Gegen die Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Witwen und Waisen sprechen die verschiedensten Bedenken auch finanzieller Art. Auch wir billigen die Einschränkung der Mißlingsbehen in Samoa nicht. Das Zentrum wird die Fortsetzung der Sozialpolitik als eine Forderung der Gerechtigkeit verlangen. Besonders betonen wir aber, die tatkräftige Fürsorge für einen selbständigen Mittelstand, diesen hauptsächlichsten Träger unseres Staatslebens. Auch der heranwachsenden Jugend muß unsere ganz besondere Fürsorge gewidmet sein, wie es Kaiser Friedrich schon gewünscht hat, namentlich auf religiöser Grundlage. Deshalb müssen die Verfolgungsgehege gegen gewisse Orden, die in Deutschland immer noch bestehen, aufgehoben werden. (Weifall im Zentrum.)

Staatssekretär Dr. Solz:

Abg. Ledebour hat sich bei der Kritik meines Erlasses wegen des Eheverbotes zwischen Weißen und Samoanerinnen auf christlich-moralische Argumente bezogen und hat auch vom Zentrum die erbetene Unterstützung gefunden. Diese Ausführungen sind aber lediglich theoretische Erörterungen. Ein Urteil über diese kolonialpolitisch außerordentlich wichtige Frage kann nur derjenige haben, der jahrelang in solchen Ländern, wo Weiße und Schwarze einander gegenüberstehen, die Schäden an beiden Rassen beobachtet und studiert hat. Ich kann für heute nicht unwiderprochen lassen, daß die Regierung sich von Argumenten hat leiten lassen, die nicht höher ethischer Natur seien. Es handelt sich da um Fragen, die noch höher stehen als die Gefahr, daß die Prostitution vermehrt werde. Mein Erlass geht dahin, daß die bestehenden Ehen zu Recht weiter bestehen. Die Kinder sind Weiße oder den Weißen gleich zu erachten. Künftig werden solche Ehen nicht mehr geschlossen. Kinder aus nicht ehelichen Verbindungen gelten als Eingeborene. Der Gouverneur kann unter Umständen ihnen die Rechte als Weiße zuerkennen. Von den Samoanern wird dieses Verbot freundlich begrüßt werden, denn die Zahl der Weißer ist dort leider eine erheblich geringere als die der Männer. Jede Einbeiratung eines Weißen, meist in Hauptlingsfamilien führen zu Unstimmigkeiten. Die moralischen Momente für solche Ehen sind nicht gerade hoch. Die Salkrosankte der christlichen Ehe ist in diesen Verbindungen meist nicht zu finden. Die Weißen heiraten, um eine Haushälterin oder eine billige Wirtschafterin zu erhalten (Heiterkeit) oder sie wollen ihr Land vergrößern (Auf bei den Sozialdemokraten: Alles wie bei uns). In der Budgetkommission wird sich näher darüber sprechen lassen (Weifall).

Staatssekretär Wermuth:

Die Ausgaben, die wir in den ordentlichen Etat genommen haben, dürfen nicht wieder in den außerordentlichen Etat zurückgeführt werden, da dieser dadurch anwachsen würde und dem Anleihenwesen wieder Tür und Tor geöffnet würde. Die Schuldenentlastung, die wir begonnen haben, darf nicht unterbrochen werden, und wenn neue Ausgaben notwendig sind, dann ist es für die Steuerzahler besser, daß diese Ausgaben bar bezahlt als aus Anleihen genommen werden. Eine große Begeisterung für die Bewilligung neuer indirekter Steuern wird im Hause nicht zu finden sein (Sehr gut! Heiterkeit).

Andererseits steht fest, daß sämtliche Bundesregierungen sich einhellig und mit Recht gegen eine Inanspruchnahme der Einkommen- und Vermögenssteuer wenden. Jetzt heißt es: Brüstung strengstens untersagt! Soll denn wirklich die Erbschaftsteuer für immer und ewig als tiefer Schatten über unserm ganzen politischen Leben liegen bleiben? Soll die Klust, die sich aus Anlaß dieses Wortes geöffnet hat, noch vertieft und erweitert werden und sollen auch ihre Wege die Grundzüge aufgegeben werden, die Sie selbst haben bauen und festigen helfen, soll die Anleihenwirtschaft wieder erneut eröffnet werden? (Sehr gut und Bravo.)

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Die meisten mein Resort betreffenden Fragen dürften in zweiter Lesung wiederholt werden. Ich kann meine Antworten bis dahin verschieben. Die Regelung der Geschäftsordnung, wonach diejenigen Beschlüsse des Reichstages, welche durch Zustimmung oder Ablehnung des Bundesrats ihre Erledigung

gefunden haben, nicht zum Gegenstand von Bemerkungen gemacht werden dürfen, hat nicht Bezug auf die Reichstagsbeschlüsse, die dem Reichskanzler von dem Bundesrat überwiesen worden sind. Derartige Beschlüsse haben nur den Charakter von geschäftsleitenden Anweisungen.

Nach persönlichen Bemerkungen wird die Weiterberatung auf Montag 3 Uhr vertagt.

Aus Meer und Marine.

Der Belagerungszustand.

Aus Anlaß der letzten Reichstagswahlen hatten, wie die „N. N. C.“ schreibt, in Schwes Ausschreitungen der mit dem Ergebnis der Wahl unzufriedenen polnischen Bevölkerung stattgefunden, die schließlich einen derartigen Umfang annahmen, daß zur Wiederherstellung der Ordnung die bewaffnete Macht aufgebieten werden mußte. Zwei Jägerkompagnien aus Culm trafen alsbald am Aufbruchort ein, gleichzeitig wurde der Belagerungszustand über die Stadt verhängt. Es handelt sich hier um eine Maßregel, die in Deutschland glücklicherweise sehr selten Anwendung findet; es wird bei gewalttätigen Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung grundsätzlich angestrebt, die Unterdrückung allein mit der verfügbaren Polizeimacht herbeizuführen, bisher auch stets mit günstigem Ergebnis. Bei Unruhen in Bergwerkdistricten haben in den letzten Jahren wiederholt Ansammlungen von Truppen stattgefunden; es handelte sich dabei aber mehr um Vorbeugungsmaßregeln, die, wenn sie dem Laien auch übertrieben erscheinen im Vergleich zu der drohenden Gefahr, gerade dadurch, daß sie als ausreichend für alle Fälle gelten konnten, ihren Zweck erreichten. Mit dem Einschreiten des Militärs geht die Verhängung des Belagerungszustandes zumeist und aus naheliegenden Gründen Hand in Hand. Ein Reichsgesetz, das die Verhängung des Belagerungszustandes regelt, fehlt zurzeit noch; in Preußen gelten vorläufig noch die Vorschriften des Gesetzes vom 4. Juli 1851. Hiernach geht bei Aufruhr die Erklärung des Belagerungszustandes vom Staatsministerium aus, in dringenden Fällen jedoch, vorbehaltlich der Bestätigung vom obersten Militärbefehlshaber des betreffenden Bezirks. Mit der sofort zu bewirkenden Bekanntmachung geht die vollziehende Gewalt ausschließlich auf den Militärbefehlshaber über, der persönlich für sein Verfahren verantwortlich und den Verwaltungs- und Gemeindebehörden die erforderlichen Anweisungen zugehen zu lassen, befugt ist. Für die Militärpersonen gilt von dem Moment des Belagerungszustandes ab das Kriegsrecht, auch die Zivilbevölkerung steht unter den für den Kriegszustand geltenden Gesetzen. Die Bestimmungen der preussischen Verfassung über die Gewährleistung der persönlichen Freiheit, über die Unverletzlichkeit der Wohnung, über die Pressfreiheit, über das Versammlungs- und Vereinsrecht und über das Einschreiten der bewaffneten Macht können aufgehoben werden. Einzelne im deutschen Strafgesetzbuch mit geringerer Strafe bedrohte Handlungen, wie Hoch- und Landes- und Kriegsverrat, Brandstiftung, Zerstörung einer Sache durch eine vorsätzlich herbeigeführte Entzündung, Herbeiführung einer Überschwemmung, Zerstörung von Eisenbahnen, Vernichtung von Seezeichen, Brunnenvergiftung usw. werden mit dem Tode bestraft. Die Aburteilung erfolgt kriegsgerichtlich.

Daß von dieser durchgreifenden, in die persönlichen Verhältnisse der Bürger empfindlich einschneidenden Maßregel nur selten und in den dringendsten Fällen bei uns Gebrauch gemacht wird, lehrt die Tagesgeschichte.

Ausland.

* Zum Tode des Grafen Aehrenthal.

Wien, 19. Febr. Der deutsche Botschafter und Gemahlin begaben sich gestern vormittag in das Ministerium des Äußern, um der Gräfin Aehrenthal ihr Beileid auszudrücken. Die übrigen Herren und Damen der Botschaft schrieben sich im Laufe des Tages in die Kondolenzbogen ein.

Budapest, 19. Febr. Die Blätter feiern in ehrenden Nachrufen die Verdienste des Grafen Aehrenthal, um die Geburt des Ansehens der Monarchie und bemerken, daß Graf Verdtold auf den Rat Aehrenthals ernannt worden sei, da er am meisten berufen sei, die Politik Aehrenthals fortzusetzen.

Paris, 19. Febr. Fast die gesamte Presse widmet dem verstorbenen Grafen Aehrenthal eingehende Würdigungen, in denen aufrichtige Bewunderung für seine hohen staatsmännischen Eigenschaften zum Ausdruck gelangt und anerkannt wird, daß er Frankreich gegenüber stets eine freundliche Haltung beobachtet habe.

Rom, 19. Febr. Sämtliche italienischen Blätter widmen dem verstorbenen Grafen Aehrenthal lange Artikel und drücken die Erwartung aus, daß Graf Verdtold dieselbe Politik befolgen werde.

Auslandsübersicht.

Paris, 17. Febr. Die Ernennung der französisch-spanischen Kommission zur Prüfung der Frage der Zoll- und Schuldenverwaltung in der spanischen Zone steht unmittelbar bevor. Ministerpräsident Poincaré hat den Finanzminister Aloh bereits erfragt, die Vertreter Frankreichs für diese Kommission namhaft zu machen, welche in Madrid zusammenzutreten wird. Der hier weilende marokkanische Großwesir El Mokri reist demnächst nach Fez ab, wo er gleichzeitig mit dem Gesandten Regnault eintreffen dürfte, mit welchem er über die Errichtung des französischen Protektorats über Marokko verhandeln wird.

Paris, 18. Febr. Bei der Beratung des Landwirtschaftsbudgets im Senat erklärte der Landwirtschaftsminister, daß zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche, von der Frankreichs Grenze besonders im Osten bedroht sei, eine Reihe von Maßnahmen getroffen werden würden. Der Minister versicherte, daß der nationale Viehbestand befriedigend sei. Die Bewegung wegen der Fleischsteuerung sei etwas künstlich gewesen. Er schloß mit der Erklärung, daß Frankreich das beste Vieh herzubringe und ein Fleisch ausführendes Land werden müsse, und daß das Parlament das Zollrecht, das die Aufzucht schütze, als eine unantastbare Angelegenheit betrachten müsse.

Madrid, 17. Febr. Der Pariser „Temps“ meldet: Minister Garzia Prieto habe dem Botschafter Geoffroy mitgeteilt, daß die spanische Regierung den englischen Vermittlungsvorschlag betreffend Einsetzung eines sachmännischen Ausschusses annehme, der die Frage der Zölle und Schuldenverwaltung prüfen und zu einer Verständigung mit den Inhabern der marokkanischen Schuldentitres gelangen soll. Die Frage, wie die bisher von Frankreich besetzte Zollverwaltung in Tanger eingerichtet werden soll, wird besonders behandelt werden. Bei den bevorstehenden Verhandlungen zwischen Garzia Prieto Geoffroy und Bunsen werden die Fragen betreffend die Eisenbahn-, Post- und Telegrapheneinkünfte, der Abgrenzung der Nozzone und der von Frankreich verlangten Gebietskompensation erörtert werden.

Madrid, 15. Febr. Ministerpräsident Canaljas erklärte, Spanien habe nicht die Absicht, vor Beendigung der Verhandlungen mit Frankreich Argizla zu besetzen.

St. Petersburg, 16. Febr. Bei einem Diner, das Großfürst Nikolai Mikalajewitsch zu Ehren des Königs von Montenegro veranstaltete, brachte der Großfürst einen Eindrucks auf den König aus, in dem er u. a. jagte: In der Nähe des Hauses Peters des Großen, des Gründers der russischen regulären Armee, haben deren Vertreter die Ehre, Eure Majestät als unseren Generalfeldmarschall zu begrüßen. In Ihrer Person sind wir längst gewohnt, einen Feldherrn zu ehren, dessen Name untrennbar mit dem Siege verbunden ist. Der Großfürst brachte ein Hoch auf das Wohl des Königs, der königlichen Familie und des montenegrinischen Volkes aus, das dem russischen Glauben und russischer Einheitsart verwandt sei. — Der König betonte in seiner Antwort, daß schon Peter der Große seine Gunst habe Montenegro zuteil werden lassen. Das gegenwärtige Verhältnis sei das einer untrennbaren Gemeinschaft.

Buenos-Aires, 19. Febr. Nachdem Paraguay Genugtuung geleistet hat, erfolgte gestern die Unterzeichnung des Protokolls, in dem zwischen Argentinien und Paraguay die Beziehungen wiederhergestellt werden.

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 19. Februar.

Die Förderklassen in den Volksschulen.

Forsheim, 17. Febr. Eine der ersten Städte, welche an der Volksschule für die Repetenten sogen. Förderklassen einrichteten, war die Stadt Forsheim. Diese Förderklassen bestehen jetzt seit 4 Jahren. Das Urteil über diese Einrichtung ist hier größer geworden, als man bei der Annahme des Förderklassensystems voraussetzte. Bei nahezu 300 Volksschulkindern bestehen bereits 24 solcher Förderklassen, nachdem das System erst fast zur Hälfte ausgebaut ist. Bei weitem Ausbau berechnet man, daß man hier in etwa drei Jahren 42 Förderklassen haben würde.

Bevor nun diese Neueinrichtung weiter ausgebaut wird, will die Stadtverwaltung erfahren, wie sich die hiesige Lehrerschaft auf Grund ihrer Erfahrungen jetzt zu den Förderklassen stellt. Es fand aus diesem Grunde eine Versammlung der Lehrerschaft statt, in welcher die Ansichten für und gegen die Förderklassen zum Ausdruck kommen konnten. Es wurde in dieser Versammlung festgestellt, daß diejenigen Repetenten, welche durch die Förderung, welche sie in den Förderklassen erfahren haben, ihrer ehemaligen Mitschüler wieder nachgekommen sind, sich mit wenigen Ausnahmen bewährt haben. Die Hauptklassen hätten durch die Förderklassen einen Vorteil infolge, als ihnen wenigstens die hemmenden Elemente entzogen würden. Im Hinblick auf die günstigen Erfolge für die Repetenten bei dem Nebengewinn der Hauptklassen stimmten die sehr zahlreich anwesenden Lehrkräfte der Volksschule mit allen gegen 3 Stimmen für die Beibehaltung von Förderklassen unter der Voraussetzung, daß ihr Bestehen in keiner Hinsicht den Unterricht der Hauptklassen beeinträchtige.

Beachtenswert sind aber auch die Ansichten der Gegner der Lehrerschaft. Sie verlangen einen Lehrplan, welcher hauptsächlich in den unteren Schuljahren dem Kinde gerecht wird. Man solle kleinere Klassenverbände schaffen; dann dürfte das Verlangen nach Förderklassen von selbst verschwinden.

Der Badische Fischereiverein mit dem Sitz in Karlsruhe, Leopoldstraße 10, hält am Sonntag, den 25. Februar d. J., vormittags 11 Uhr beginnend, seine Hauptversammlung im Hotel Friedrichshof zu Karlsruhe ab, der sich ein Vortrag des Herrn Professors Dr. Lauterborn in Ludwigshafen a. Rh. über „Die Reinigung städtischer Abwässer durch Fischteiche nach Professor Hofers Methode“ anschließt. Bei dieser Veranstaltung sind außer den Vereinsmitgliedern auch andere Freunde der Fischerei willkommen.

Wiederanfertigung von Privatwaldungen. Durch die Dürre des Sommers 1911 sind in Privatwaldungen viele Pflanzen, zum Teil ganze Bestände junger Pflanzen zugrunde gegangen. Wegen Beschaffung der zur Ausbesserung oder Neuaufforstung solcher Waldanlagen erforderlichen Pflanzen hat sich die Landwirtschaftskammer an die Groß-, Forst- und Domänenverwaltung gewendet, damit an die Landwirte aus den staatlichen Pflanzschulen zu billigem Preise Pflanzen abgegeben werden. Nach Mitteilung der Groß-, Forst- und Domänenverwaltung wird es nicht möglich sein, den ganzen Bedarf an Pflanzen für Privatwaldungen aus den staatlichen Pflanzschulen zu decken, weil in staatlichen Waldungen ebenfalls große Verluste entstanden sind; ein großer Teil der erforderlichen Pflanzen wird darum von Handelspflanzschulen gedeckt werden müssen. Durch ein Rundschreiben vom 17. Januar hat die Groß-, Forst- und Domänenverwaltung den Groß-, Forstämtern empfohlen, den sich meldenden Privatwaldbesitzern zur Deckung ihres Pflanzenbedarfs, sei es durch Abgabe von Pflanzen oder durch Vermittlung der Bestellungen bei Handelspflanzschulen, beihilflich zu sein. Die Landwirtschaftskammer empfiehlt darum den Landwirten, welche Bedarf an Pflanzen oder Samenreien haben, sich rechtzeitig an das zuständige Groß-, Forstamt zu wenden. Zur Vereinfachung und Verbilligung des Bezuges sollte die Bestellung möglichst gemeinschaftlich durch Genossenschaften und Vereine erfolgen.

Landwirtschaftliche Vortragskurse. Von der Landwirtschaftskammer werden in Donaueschingen am 27. und 28. Februar und in Rosbach am 5. und 6. März landwirtschaftliche Vortragskurse veranstaltet.

M. Mannheim, 18. Febr. Der Stadtrat hat sich auf Anregung des Gemeinderats Sandhofen grundsätzlich bereit erklärt, die Verhandlungen über die Einverleibung der Gemeinde Sandhofen zu Mannheim aufzunehmen. Ferner hat der Stadtrat beschlossen, die Wasser- und Abwasserleitung von Sandhofen zu übernehmen, ohne Rücksicht darauf, ob die Einverleibungsverhandlungen zu einem positiven Ergebnis führen oder nicht. Das Wasser soll entweder an der Gemarkungsgrenze zum Selbstkostenpreis — 5 Pf. für den Kubikmeter — abgegeben werden, in welchem Falle die Stadt die Zuleitung nur bis zur Gemarkungsgrenze legte, oder soll die Lieferung in derselben Weise erfolgen, als ob Sandhofen zur Gemarkung Mannheim gehörte; dann würden die Verlegung sämtlicher Wasserleitungen, sowie Feststellung und Einzug des Wassergeldes durch die Stadt erfolgen, und zwar unter Anwendung des hiesigen Statuts, das eine Wasserminimallage aus 3 Prozent des Mietwertes unter Zugrundelegung eines Wasserpreises von 20 Pf. für den Kubikmeter festsetzt. Als dritte Möglichkeit wird angeboten: Verlegung der Leitungen durch die Stadt und Feststellung und Erhebung des Wassergeldes durch die Gemeinde Sandhofen; das Wasser würde in diesem Falle zum Selbstkostenpreis von 9 Pf. für den Kubikmeter abgegeben.

Laubersbach, 17. Febr. Die hiesige freiwillige Feuerwehr wird am 14. Juli das Jubiläum ihres 50jährigen Bestehens feiern.

Steinsfurt, 15. Febr. Friedrich der Große ist, wie man weiß, auf seiner Flucht, die er als Prinz unternommen, auch nach Süddeutschland gekommen und hat damals in dem, im badischen Unterland an der „Elsenz“ gelegenen Dorfe Steinsfurt in der Scheune des Dorfwirtschaufes übernachtet. Zur Erinnerung daran, ist jetzt an dem Hause des Wirts Widel eine Gedenktafel angebracht worden.

Ettlingen, 17. Febr. Wegen ihrer Verdienste um das Gewerbe- und Handwerkerwesen hat der hiesige Gewerbeverein den beiden Mitbegründern Bankdirektor A. Rimberg und Schlossermeister S. Glasstetter die Ehrenmitgliedschaft verliehen.

Baden, 17. Febr. Der Internationale Klub veröffentlicht seinen die Propostion für das „Jubiläumrennen“. Die Ausschreibung erfolgt in diesem Jahre getrennt von den übrigen Konkurrenzen, weil der Rennungsantrag für die große Zweijährigen-Prüfung bereits am 5. März ansteht. Besonders erwähnenswert ist die Erhöhung des bisherigen Preises von 36 000 M. auf 50 000 M. Von diesem Betrage erhalten die Sieger 40 000 M., das zweite Pferd 6000 M., das dritte 3000 M. und das vierte 1000 M. Bisher war der vierte Platz nicht dotiert. Das Rennkomitee macht allerdings die Aufrechterhaltung des Preises davon abhängig, daß 70 Unterschriften für das Rennen eingeht. Die Konkurrenz ist offen für zweijährige Hengste und Stuten aller Länder.

Häfersal, 15. Febr. Das in Touristenkreisen wohlbekannte Hotel Schindelpeter ging bei der Versteigerung um den Preis von 73 200 M. in den Besitz der Brauerei Braun in Oberkirch über.

E. Freiburg, 17. Febr. Der am 9. März 1904 hier verstorbenen Privatmann Emil Wyhr hat letztwillig der Stadt Freiburg eine Summe von 22 500 M. mit der Bestimmung vermacht, daß die Zinsen zur allgemeinen Unterstützung von drei bis fünf hilfsbedürftigen Freiburger Kindern zu ihrer Wiederherstellung oder Erholung nach den näheren Festsetzungen im Testament zu verwenden sind. Der Stadtrat hat zum Dank für diese hochherzige Zuwendung der Stiftung den Namen „Emil Wyhr-Stiftung“ beigelegt. — In dem diesjährigen Gemeindevoranschlag sollen an außerordentlichen Beiträgen 4000 M. als Zuschuß für das in diesem Sommer in hiesiger Stadt stattfindende Kreisturnfest und 3000 M. an den Verkehrsverein zur Beschaffung eines Reklameplakats für Freiburg eingestellt werden. Die Stadtverwaltung unterstützt dessen gemeinnützige Bestrebungen seit Jahren durch Gewährung eines regelmäßigen Beitrags von 3000 M. — Die Vernichtung der Schnaken erfolgt in diesem Winter nicht durch das feuergefährliche Abflammen der Keller- und anderer Aufenthaltsräume dieser lästigen Tiere, sondern durch Abspritzen mit einer die Schnaken tödenden, sonst aber unschädlichen Flüssigkeit. Dieses Abspritzen der Schnakenwinterquartiere, das schon seit 27. Dezember v. J. gleichzeitig an mehreren Stellen der Stadt vom städtischen Tiefbauamt vorgenommen wird, hat sich bisher sehr gut bewährt und soll auch ferner beibehalten werden. — Vom nächsten Sommer an soll ein zweites Gilgpaar auf der Strecke München—Ulm—Donaueschingen—Neustadt—Freiburg—Müllheim—Mühlhausen als eine Nachmittagsverbindung von und nach München durchgeführt werden. Das bisherige Gilgpaar verkehrt auf der Strecke Freiburg—Colmar. Durch diese Neuerung, welche wohl auf die langwierigen Bemühungen der hiesigen Handelskammer und des Verkehrsvereins zurückzuführen ist, werden sowohl die Stadt Freiburg, als auch die Südbahn und die angrenzenden Schwarzwalddistrikte (Zelbberg, St. Blasien, Bonndorf und Bad Boll usw.) eine erhebliche Förderung ihres Verkehrs erfahren. — Wie schon seit einer Reihe von Jahren wurde gestern abend in den reizend dekorierten Räumen der Festhalle durch das gesamte Soloperpersonal des Stadttheaters ein großes Wohltätigkeitsfest veranstaltet, dessen Reinertrag zum Besten der Pensionskasse der Genossenschaft deutscher Bürgenoffenschafter und der Witwen- und Waisenanstalt verwendet werden soll. Das diesjährige Fest trug das Gepräge eines großartigen Kunstlerballs, welcher durch ein heiteres Konzertprogramm eingeleitet wurde. Es war als Kopf-Soiree nach Wie-

ner Muster arrangiert, wozu die Damen in möglichst charakteristischen (extrabaganten) Frisuren oder Kopfpuz erschienen. Die Beteiligung war in Anbetracht des wohlthätigen Zweckes und des künstlerisch-humoristischen Charakters der Veranstaltung auch diesmal eine sehr zahlreiche und der Abend verlief in der harmonischsten Weise.

Furtwangen, 18. Febr. Der Gemeinderat von Furtwangen hat an das hiesige Bürgermeisterrat eine Zuschrift gerichtet, in welcher sich der Gemeinderat der Stadt Furtwangen im Prinzip bereit erklärt, im Zusammenschluß mit den Gemeinden Furtwangen, Schönach und Schönwald die elektrische Bahn zu erbauen. Die Gemeindeverwaltung Furtwangen wird gebeten, das entsprechende Gesuch an die Landstände vorzubereiten.

Friburg, 18. Febr. Bei den Bürgerauswahlgewahlen zur 1. Klasse entfielen auf die Liste der nationalliberalen Partei 11 Sitze, auf die der Fortschrittlichen Volkspartei 5 Sitze und auf die Zentrumspartei 4 Sitze. Der neue Bürgerauswahlschuß setzt sich nunmehr zusammen aus 20 Vertretern des Zentrums (bisher 17), 15 Sozialdemokraten (6) und 15 Nationalliberalen (21).

Singen a. S., 19. Febr. Die Verhaftungen von Saccharinsmugglern wollen kein Ende nehmen. Nachdem in den letzten Tagen hier 7 Schmuggler festgenommen wurden, sollten am Sonntag in Rodolzell im Frühzug nach Birmensdorf 4 Saccharinsmuggler festgenommen werden. Sie entkamen aber und flüchteten gegen Stahringen. Dort konnten 2 der Schmuggler verhaftet werden. — Nach anderen Meldungen sollen in Stahringen 6 weitere Schmuggler gefaßt worden sein. — In Konstanz wurde kürzlich vor der Strafkammer gegen eine Saccharin-Smugglergesellschaft verhandelt. 6 Schmuggler hatten auf der Anklagebank Platz genommen, darunter das Haupt der Bande, der 26-jährige Schriftsteller Antoniosch aus Ungarn. Der letztere erhielt 1 1/2 Jahr Gefängnis, 2500 M. Geldstrafe, während seine „Mitarbeiter“ mit geringen Gefängnis- und Geldstrafen davonkamen. Man glaubt, mit dieser Gesellschaft die Organisation einer weitverzweigten Schmugglerbande bis auf weiteres unschädlich gemacht zu haben.

Aus Baden, 19. Febr. Nach den durch den Bad. Bauernverein beantragten Erhebungen über den durch Kälte verursachten Viehschaden wurde festgestellt, daß der Frost den größten Schaden am Kaiserstuhl, in der Ortenau und im Oberrheinlichen Gebiet angerichtet hat. Nach Süden hin, nimmt die Frostwirkung ab; im Rheingau und Markgräflerland haben die Viehe weniger gelitten und am Oberrhein, wo der Frost nicht sehr stark war, wurde den Pflanzen kein Schaden zugefügt.

Aus der Residenz

Sch. Besichtigung. Am Sonntag nachmittag hatte sich auf dem Friedhofe eine zahlreiche Trauerversammlung eingefunden, um dem verstorbenen hiesigen Reichenschafer Ferdinand Maish die letzte Ehre zu erwiesen. Die Stadtdirektion war durch Herrn Stadtrat Dewert vertreten; außerdem hatte Herr Bürgermeister Siegrist ein herzliches Beileidschreiben mit einem prächtigen Kranz den Hinterbliebenen zugehen lassen. Ferner waren anwesend die Feuerwehrt, sowie Vertreter von Vereinen und Gesellschaften, welchen der Bestorbene angehört hatte, darunter auch solche von auswärts. Nach dem Choral „Jesus meine Zuversicht“ leitete Herr Hofprediger Fischer die geistliche Handlung. Nach der Trauerrede und Einsegnung wurden am Friedhofe zahlreiche Kränze niedergelegt.

Erweiterung des hiesigen Elektrizitätswerks. Die Direktion der hiesigen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke berichtet dem Stadtrat, daß im Hinblick auf die starke Zunahme des Stromverbrauchs die Stromerzeugungsanlagen des Elektrizitätswerks im Laufe dieses Jahres erweitert werden sollten. Es wird vorgeschlagen, eine zweite Dampfmaschine mit einer Leistung von 2000 PS, mit einem Gleichstrom-Generator zu beschaffen, zwei weitere Dampfmaschinen von je 300 PS Heizfläche aufzustellen und die Bestände, die sich zurzeit im Dampfheizraum befinden, nach dem jetzigen Kohlenbunker zu verlegen, um die Aufstellung der Kessel in dem jetzigen Werkstättenraum zu ermöglichen. Diese Maßnahmen erfordern einen Gesamtaufwand von 320 000 M. Für die Verlegung eines neuen Speiseablaßes vom Elektrizitätswerk nach der Altstadt, für Kabelverlängerungen und Aufstellung weiterer Transformatorien im Stadtgebiet für die nächsten drei Jahre wird ein Kredit von 530 000 M. verlangt, da der für gleiche Zwecke früher bewilligte Kredit von 350 000 M. nahezu aufgebraucht ist. Nach Aufstellung und Inbetriebnahme der zweiten Dampfmaschine soll die Versorgung der Straßenbahn mit Elektrizität ausschließlich vom hiesigen Elektrizitätswerk aus bewirkt und die Stromerzeugungsstation der Straßenbahn stillgelegt werden. Zu diesem Zwecke ist die Einrichtung von Gleichstromgeneratoren und die Verlegung eines Umformers aus dem Elektrizitätswerk in die Straßenbahnzentrale in Aussicht genommen. Falls die vorgeschlagene Verankerung der maschinellen Einrichtungen des Elektrizitätswerks bewirkt wird, erhöht sich dessen Leistungsfähigkeit gegenüber dem jetzigen Zustand ungefähr auf das Doppelte. Für Verzinsung, Tilgung und Abschreibung des Anlagekapitals für die Erweiterung wird ein jährlicher Aufwand von 66 000 M. entstehen. In Abereinstimmung mit der Gas- und Wasserwerkskommission befragt der Stadtrat die Vorschläge der Direktion des Elektrizitätswerkes gut und beschließt, den erforderlichen Kredit im Gesamtbetrag von 850 000 M. beim Bürgerauswahlschuß alsbald anzufordern. Die Lieferung der neuen Dampfmaschine nebst Drehstrom- und Gleichstromgenerator wird vorbehaltlich der Bewilligung der Mittel durch den Bürgerauswahlschuß der Maschinenfabrik Augsburg-Kürnberg übertragen. Für die Lieferung der beiden Dampfessel sollen Angebote eingeholt werden.

Beitrag der Stadt für deutsche Schulen im Auslande. Der Verein für das Deutschtum im Auslande, Ortsgruppe Karlsruhe, hat dem Stadtrat mitgeteilt, daß er den ihm für das Jahr 1911 bewilligten Beitrag der Stadt mit 500 M. für deutsche Schulen in armen Dörfern Südtirols, des Böhmer Waldes, der Stadt Sao Paulo (Brasilien) und zur Unterstützung eines die Hochschule besuchenden armen Schwaben aus Südburgarn verwendet habe. Dem Gesuch des Vereins, einen gleichen Beitrag auch im diesjährigen Voranschlagsentwurf vorzusehen, wird entsprochen.

Bestämpfung des Alkoholmißbrauchs. Als Beihilfe zu den Kosten der von dem Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke eingerichteten Beratungsstelle für Alkoholranke hat der Stadtrat die Summe von 300 M. im Entwurf des diesjährigen Gemeindevoranschlags vorgesehn.

Am 4. März d. J. findet hier eine Versammlung der Obermeister und Vorstehenden der Fachvereine der Sattler- und Tapezierervereinigungen behufs Gründung eines Landesverbandes im Bureau der Handwerkskammer Karlsruhe statt.

Instrumentalverein. Musikfreunden wird die Mitteilung erfreulich sein, daß der Instrumentalverein es sich zur Aufgabe gemacht hat, das Jugendwerk Beethovens, die Jenaer Symphonie in C-dur, die erjt im vorigen Jahre von Dr. Fritz Stein im Notenarchiv des „Collegium musicum“ in Jena aufgefunden wurde, in sein Programm aufzunehmen. Diese Exekution in Karlsruhe findet am 24. Februar im Museums-saale unter Leitung des Herrn Direktor Th. Mung statt.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Der Krieg zwischen Italien und der Türkei.

Rom, 18. Febr. Die Agenzia Stefani meldet aus Benghasi: Das erste Bataillon des vierten Infanterieregiments wurde, als es gestern früh vor den italienischen Verschanzungen Übungen machte, von 200 Beduinen, die von Moriunes kamen, beschossen. Das Bataillon machte sofort einen Gegenangriff und trieb die Beduinen zurück, die zwei tote auf dem Schlachtfelde ließen und etwa 20 Verwundete mit sich fortführten. Die Italiener hatten zwei Leichtverwundete.

Aus Tobruk wird gemeldet: Das dort zerstreute gestern durch sein Feuer eine feindliche Karawane, die sich von Osten nach Westen bewegte. Einige Mann der Begleitung und zahlreiche Kamele wurden durch das Feuer getroffen.

Kiel, 19. Febr. Bei der Festtafel, die dem Stapellauf des „Prinzregent Luipold“ in Kiel folgte, hielt der Kaiser folgende Ansprache:

„Ich heiße Ew. Königl. Hoheit, sowie die Prinzessin Theresie herzlich willkommen und bitte Ew. Königl. Hoheit, der Dolmetsch Meines Dankes und der Marine bei Seiner königlichen Hoheit dem Prinzregenten sein zu wollen.“

Für die große Ehre, die er derselben erwiesen hat, durch die Erlaubnis, daß eines der neuesten Linien-schiffe seinen erlauchten Namen tragen und durch seine Tochter die Taufe empfangen darf. Ew. Königl. Hoheit markige Rede hat uns alle mit hoher Freude erfüllt. Wenn ich aus ihr einen Satz herausgreifen darf, so wähle ich den Willspruch, der unter dem Wittelsbacher Schild am Bug des „Prinzregent Luipold“ prangen soll: „In Treue fest!“ Er soll eine Mahnung an die Offiziere und die Besatzung des Schiffes sein, alle ihre Kräfte einzusetzen im Dienste des Vaterlandes zu seinem Schutze und zur Erhaltung der fleckenlosen Ehre seiner Flagge. Er soll auch anderen der Welt die Festigkeit des Reiches in Erinnerung bringen. Wer in seinem Leben sich mit Kunst beschäftigt hat, kennt das herrliche Material der Mosaik und der kennt die wunderbaren Bilder, welche aus ihm gebaut werden: Schätze und Juwelen. Von der Ferne betrachtet, sieht er ein farbenprächtiges Gesamtbild vor sich, tritt er heran, so wird er gewahrt, daß das Kunstwerk aus lauter einzelnen Steinchen zusammengesetzt ist, welche von verschiedener Form und Farbe individuell in sich gefestigt kleine Gebilde sind. So ist es mit unserm Reiche. Vor der Ferne als mächtiges Ganze wirkend, ist es zusammengesetzt aus einzelnen Stämmen, stolz auf ihre Eigenart und treu anhänglich ihren angestammten Fürstenthümern, deren buntfarbige Fähnlein sie jahrhunderte lang gefolgt sind. Fest geschart sind alle zum Schutze des deutschen Reichspaniers. Heute gilt Mein Trinkspruch dem ältesten und ehrwürdigsten dieser deutschen Fürsten, der ein Vorbild in der Treue zu Kaiser und Reich ist, dem Prinzregenten Luipold von Bayern, den Gott segnen und schützen möge zum Heile Bayerns und des ganzen deutschen Vaterlandes. Der Prinzregent lebe hoch, hoch, hoch!“

Prinz Ludwig dankte sogleich und trank auf das Wohl des Kaisers.

München, 19. Febr. Der Prinzregent hat den Landtag zum 27. Februar einberufen.

Wien, 19. Febr. Reichskanzler von Bethmann-Hollweg und Staatssekretär von Aderles-Wächter haben gestern der Gräfin Achrental ihr Beileid ausgesprochen.

Wien, 19. Febr. Der neue Minister des Äußern, der bisherige Petersburger Botschafter Graf Berchtold, wird heute vormittag vom Kaiser verabschiedet.

Paris, 19. Febr. In parlamentarischen Kreisen glaubt man, daß die Wahlreformvorlage noch im Laufe dieses Jahres vor den Senat gelangen und mit den von letzteren vorgenommenen Änderungen Anfangs 1913 von der Kammer angenommen wird. Die nächsten Kammerwahlen würden dann bereits auf Grund des neuen Wahlgesetzes stattfinden.

London, 19. Febr. Der Hauptmann der italienischen Luftschifferabteilung De Windel, der seit einigen Wochen in England weilte, um Aeroplane für die italienische Regierung zu prüfen und eventuell zu kaufen, stürzte am Samstag bei Salisbury ab, brach beide Beine und erlitt auch andere schwere Verletzungen.

Washington, 19. Febr. Der Bericht der Kommission über den Zundertruf, welchen alle Mitglieder des Repräsentantenhauses, Demokraten wie Republikaner unterzeichnet haben, macht keine Vorschläge, was mit den verantwortlichen Personen geschehen soll, sondern rät nur, die Angelegenheit einer ständigen Kommission zu überweisen. Der Bericht verurteilt die ursprünglichen Gründer des Trusts, nicht aber die gegenwärtigen 19 000 Aktionäre.

Washington, 19. Febr. Der Gesandte von Columbien hat dem Staatsdepartement in nichtamtlicher Form vorgeschlagen, Staatssekretär Knog möge es für nicht ange-

zeigt halten, auf der Reise nach Zentralamerika Columbien zu besuchen. Der Gesandte gibt als Grund seines Vorschlags die Differenzen an, die wegen der Erwerbung des Panamafanalgebietes durch die Vereinigten Staaten zwischen diesen und Columbien bestehen. Staatssekretär Knog wird infolgedessen wahrscheinlich nicht nach Columbien gehen.

Honolulu, 19. Febr. Der amerikanische Kreuzer „Westvirginia“ ist nach einem unbekanntem Bestimmungsort in See gegangen. Gerüchtweise verlautet, daß er sich nach der Palmyrainsel begibt, deren Besitz zwischen Amerika und England strittig ist.

Verschiedenes.

Berlin, 19. Febr. Wie die Morgenblätter melden, fand gestern abend im Neuen Volkstheater eine Gedächtnisfeier für Joseph Ettlinger, den Vorsitzenden der Neuen Freien Volkshöhne und im Deutschen Theater eine solche für den dänischen Schriftsteller Hermann Bang statt.

Berlin, 19. Febr. Gestern wurde in einer von mehr als 3000 Personen besuchten Versammlung der im Schneiderverband organisierten Herrenschneider der Bericht über die Tarifverhandlungen mit den Meistern entgegengenommen. Bis 22. Februar sollen eventuell alle Tarifverträge abgeschlossen sein. Sollte auf der Konferenz der Vertreter der beiderseitigen vertragschließenden Organisationen, die in Frankfurt a. M. unter Ausziehung der Ortsvertreter der in Frage kommenden 22 Städte stattfinden, auch nur für einen Ort kein Vertrag zustande gekommen sein, so gelten die Verhandlungen als gescheitert. Am 1. März wird alsdann der Kampf auf der ganzen Linie beginnen.

Friedrichshafen, 18. Febr. Der Aufstieg des Luftschiffes „Victoria Luise“ am Freitag erfolgte zur Erprobung der Geschwindigkeit. Auf der 1 1/2 Stunden währenden Fahrt wurden genaue Messungen vorgenommen, die ergaben, daß das neue Luftschiff unter dem Antrieb der drei Motore 20,2 Meter in der Sekunde läuft und, obwohl es 8 Meter länger ist als die „Schwaben“, deren 19,6 Meter Geschwindigkeit in der Sekunde übertrifft. Die Fahrt, die unter Leitung des Grafen Zeppelin selbst vor sich ging, nahm einen ausgezeichneten Verlauf.

Indianapolis, 19. Febr. Im Bureau von Mister Franc Ryan des Vorsitzenden des internationalen Verbandes der Brücken- und Eisenarbeiter, der am 13. Februar im Zusammenhang mit dem Dynamitattentat der Brüder Mac Ramara verhaftet wurde, hatten Detektive unter dem Schreibhult Mikrophon angebracht, deren Drähte nach einem Räume und zum Bureau führten. In dem Räume nahmen Stenographen alles auf, was in dem Bureau in den Sitzungen des Verbandes zwischen den Arbeiterführern und ihren Anwälten beraten wurde.

Familiennachrichten.

Geburten. Ein Knabe: B.: Rich. Schmitt, Schneidermeister. — B.: Alo. Schöp, Bahnstationwärter. — B.: Albert Mai, Postbote. — B.: Ludwig Jupp, Schuhmann. — B.: Friedrich Hoyer, Bureaugehilfe. — B.: Wilhelm Behmann, Fuhrmann. — Ein Mädchen: B.: Eugen Dittmann, Chauffeur. — B.: Theodor Raffino, Gipsler. — B.: Willing: B.: Erich Krone, Kaufmann. **Todesfälle.** Agathe Gimmowel, Ehefrau. — Karl Schill, Schlosser, Ehemann. — Bertha Kiffel, Ehefrau.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydrologie vom 19. Februar 1912.

Mit zunehmender Tiefe ist eine gestern vor dem Kanal erschienene Depressions bis Irland weitergezogen; der hohe Druck hat abgenommen und hat sich ganz auf Südosteuropa zurückgezogen. Das Wetter war am Morgen in Deutschland bei Temperaturen, die nur wenig über dem Gefrierpunkt lagen, leicht bewölkt und ohne Niederschlag. Da das Ortsbarometer ständig fällt, so wird sich die Depression bald weiter ausbreiten; es ist deshalb meist trübes und ziemlich mildes Wetter mit Niederschlägen zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden vom 19. Februar, früh:

Lugano bedeckt 4 Grad, Biarritz wolfig 11 Grad, Triest bedeckt 7 Grad, Florenz bedeckt 8 Grad, Rom wolfig 5 Grad, Cagliari wolkenlos 15 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorologie, Station Karlsruhe.

Februar	Barom. mm	Therm. in C.	Rel. Feucht. in mm	Feuchtigkeit in Prop.	Wind	Himmel
17. Nachts 9 ^u II.	756.7	4.7	5.3	82	Stil	wolkenlos
17. Morgs. 7 ^u II.	753.9	-0.0	4.1	89	„	heiter
18. Mittags 2 ^u II.	751.0	10.5	6.2	65	„	wolkenlos
18. Nachts 9 ^u II.	748.8	5.5	6.0	89	„	„
19. Morgs. 7 ^u II.	746.8	2.2	4.7	87	SE	wolfig
19. Mittags 2 ^u II.	744.6	11.3	6.0	60	SE	„

Höchste Temperatur am 17. Februar: 10.7; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: -0.5.

Niederschlagsmenge, gemessen am 18. Februar, 7^u früh: 0.0 mm.

Höchste Temperatur am 18. Februar: 12.0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 2.0.

Niederschlagsmenge, gemessen am 19. Februar, 7^u früh: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins am 18. Februar, früh: Schusterinsel 1.15 m, gefallen 1 cm; Kehl 2.02 m, gefallen 1 cm; Maxau 3.54 m, gefallen 7 cm; Mannheim 2.88 m, gefallen 9 cm.

Wasserstand des Rheins am 19. Februar, früh: Schusterinsel 1.10 m, gefallen 5 cm; Kehl 1.98 m, gefallen 4 cm; Maxau 3.50 m, gefallen 4 cm; Mannheim 2.77 m, gefallen 11 cm.

Verantwortlich für die Redaktion:

Chefredakteur C. Amend in Karlsruhe.

Druck und Verlag:

G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Wenn Sie Ihr Kind

gesund, munter und geistig frisch sich entwickeln sehen wollen, so geben Sie ihm **Dr. Hummel's** Haematogen. Warnung! Man verlange ausdrücklich den Namen **Dr. Hummel**.

Nur **ECHTE**
Löflund's

Milchzucker, reinste Marke, nach Prof. von Soxhlet's Verfahren, für gesunde und kranke Säuglinge.

Nähr-Maltose, für Kinder, die nicht gedulden und an Körpergewicht abnehmen.

Malz-Extrakt, nach Liebig und Fehling, seit 45 Jahren bewährt als Kalorikumittel und Nährpräparat für Kinder, Kranke und Genesende.

Malz-Extrakt-Husten-Bonbons, unerreicht in Wohlgeschmack und lösende Wirkung.

In allen Apotheken und Drogerien.

Verlobte sollten keine Betten und **Schlafzimmer-Möbel** kaufen, ohne (unverbindl.) Preise auch vom **Reformhaus** einzuholen. — Reellste billigste Bedienung

Kaiserstrasse 122,
Ecke Waldstraße.

Die Gewährleistung beim Tierhandel nach dem Deutschen Bürgerlichen Gesetzbuche. Gemeinverständlich für Nichtjuristen dargestellt von **J. Mainhard**, Grob. Oberlandesgerichtsrat in Karlsruhe. Preis 60 Pfg. Partiepreise für Vereine: 100—200 Exemplare je 45 Pfg., 200—400 je 40 Pfg., 400—1000 je 35 Pfg.

Gewährschaftsformular für den Viehhandel. Innehtbehrlich für jeden, auch den kleinsten Landwirt. Das einfache Ausfüllen des Formulars genügt, um gegen Hebervorteilung und Schaden geschützt zu sein. Preis einzeln 3 Pfg., 100 Stück M. 2.50, 1000 Stück M. 22.50.

Großer Möbel-Räumungs-Verkauf

10 Prozent Rabatt.

Holz & Weglein

Nur gediegene Qualitäten.

VIYELLA

Englischer Halbwooll-Körper-Flanell

weich wie Cachemir und in der Wäsche nicht eingehend

Viyella ist der Zukunftsartikel.

Alleinverkauf der echten „Hollins-Viyella“

Himmelheber & Vier

Inhaber: LOUIS VIER, Hoflieferant

Spezial-Wäsche und Betten-Ausstattungs-geschäft

171 Kaiserstr. ael71 B.603

J. L. Distelhorst
Hofmöbelfabrik
Karlsruhe: Waldstrasse 30/32
Pforzheim: Westl. 65

20% Rabatt
auf
sämtl. Warenbestände
Ca. 100 Zimmereinrichtungen vorrätig.

G. Braunische Hofbuchdruckerei und Verlag in Karlsruhe

In Kürze erscheint:
Die Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung Reichsversicherungsordnung
vom 19. Juli 1911.

(Biertes Buch nebst den „gemeinsamen Vorschriften“ — Buch I — und den einschlägigen Bestimmungen der übrigen Bücher der Reichsversicherungsordnung)

mit den
Vollzugs- u. Ausführungsbestimmungen für das Großherzogtum Baden
nebst Zusätzen und Verweisungen

von Oberrechnungsrat **Emil Muser**,
Hofbuchdrucker beim Großh. Bad. Ministerium des Innern

Preis geb. ca. M. 4.50.

Dies ist der I. Band der bei uns erscheinenden Ausgaben der neuen Reichsversicherungsgesetze mit den badischen Ausführungsbestimmungen. Es werden folgen Band II: Krankenversicherung, bearbeitet von Oberrechnungsrat Muser, und Band III: Unfallversicherung, bearbeitet von Oberamtman Dr. Klotz. V.37

Zu beziehen durch jede Buchhandlung und direkt vom Verlag

Krawatten, Handschuhe, Hosenträger, Schirme

in großer Auswahl empfohlen

Ludw. Oehl Nachf.
Karlsruhe Kaiserstraße 112.

1586, gekauft am 18. Okt. 1904.
2. M. 3000.— 3 1/2% Rheinische Hypothekendarlehenbriefe 1/2000 A. 81/1452, 1/1000 B. 81/3839, gekauft am 23. Februar 1903.
3. M. 5000.— 3 1/2% Rheinische Hypothekendarlehenbriefe 5/1000 B. 76/4063, 4269, 4284, 4312, 4415, gekauft am 8. Juni 1903.
4. M. 2000.— 4% Rheinische Hypothekendarlehenbriefe 1/2000 A. 106/589, gekauft am 19. Oktober 1907.
5. M. 6000.— 4 1/2% Dinger-Maschinenfabrik-Obblig. 6/1000 422/423/424/425/426/427, gekauft am 2. März 1909.

Der Inhaber des Depotscheins wird aufgefordert, spätestens in dem auf Dienstag, den 27. August 1912, vorm. 9 Uhr, vor dem Amtsgericht Lahe bestimmten Aufgebotsstermin seine Rechte anzumelden und die bezeichnete Urkunde vorzulegen, widrigenfalls deren Kraftlosklärung erfolgt wird. Lahe, den 8. Februar 1912.
Der Gerichtsschreiber
Großh. Amtsgerichts.

Bürgerliche Rechtspflege.

a. **Streitige Gerichtsbarkeit.**

Öffentliche Zustellung einer Klage.
T.947.2.2. Nr. 1 Z. 5 75/12. Konstanz. Die Firma **Mag. Kitz**, früher Dental-Depot, jetzt Dental-Werke in Straßburg, Inh. **Mag. Kitz**, Kaufmann in Straßburg, Prozeßbevollmächtigter: Geschäftsführer **B. Schneider** in Bergabern, klagt gegen den Dentisten **Julius Levy**, früher in Konstanz, z. Zt. an unbekanntem Orten, unter der Hauptkennung, daß derselbe aus Warenkauf v. Jahre 1911 nebst Wechseln im Kosten 508,50 M. schulde, mit dem Antrage auf kostenmäßige Verurteilung des Beklagten zur Zahlung v. 508,50 M. nebst 5% Zins fürs Jahr v. 1. Januar 1912 ab.

Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits wird der Beklagte vor das Großherzogliche Amtsgericht in Konstanz, Zimmer Nr. 11, auf Dienstag, den 26. März 1912, vormittags 9 Uhr, geladen.
Konstanz, 6. Februar 1912.
Der Gerichtsschreiber des
Großh. Amtsgerichts.

T.948.2.2. Lahe. **Georg Lutz 12.**, Landwirt in Edartsweiler, hat als Generalbevollmächtigter des **Georg Lutz**, Privatmann, früher in Edartsweiler, jetzt in Edartsweiler das Aufgebot des von der Rheinischen Kreditbank, Filiale Lahe, dem **Georg Lutz**, Privatmann, ausgestellten Depotscheins Nr. 72 über die bei der genannten Bank hinterlegten nachbezeichneten Wertpapiere beantragt:
1. M. 4000.— 4% Rheinische Hypothekendarlehenbriefe 2/2000 — N. 95/1585,

in Konstanz wurde zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 5. März 1912 bei dem Gerichte anzumelden.

Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte — Zimmer Nr. 15 — zur Beschlusfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

Freitag den 15. März 1912, vormittags 11 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu veräußern oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache absonderliche Vertheilung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 5. März 1912 Anzeige zu machen.

Konstanz, 16. Febr. 1912
Der Gerichtsschreiber
Großh. Amtsgerichts.

Strafrechtspflege.

T.992.3.2.1. Lahe. Der am 28. Februar 1881 zu Straßburg i. E. geborene und zuletzt in Lahe i. B. wohnhaft gewesene Schuhmacher und Gefahrenerbitt **Karl Busam**, dessen Aufenthalt unbekannt ist, wird beschuldigt, daß er als Gefahrenerbitt erster Klasse ausgebannt sei, ohne von seiner bestehenden Auswanderung der Militärbehörde Anzeige erstattet zu haben. Aburteilung gegen § 360 Riff. 3 R. St. G. B.

Derselbe wird auf Anordnung des Gr. Amtsgerichts Lahe auf

Donnerstag, 28. März 1912, vormittags 9 Uhr, vor das Großh. Schöffengericht in Lahe zur Hauptverhandlung geladen.

Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird Verurteilung auf Grund der gemäß § 472 St. P. O. vom Königlichen Bezirkskommando Offenburg unterm 7. Februar 1912 ausgestellten Erklärung erfolgen.

Lahe, 14. Februar 1912.
Der Gerichtsschreiber
Großh. Amtsgerichts.

Verchiedene Bekanntmachungen.

Kanzlei-Gehilfenstelle

Bei den Notariaten in Lahe ist auf 1. April ds. Js. eine Kanzlei-Gehilfenstelle nach den Bestimmungen der §§ 88 und 85 der Ausführungsbestimmungen zur Gerichtsschreiberordnung zu besetzen. Bewerbungen sind bis 1. März anher einzureichen. T.920.3
Lahe, 13. Febr. 1912.
Großh. Notariat.

Ruhholz-Verkauf.

Großh. Forstamt Philippsburg (Baden) verkauft am **Wittwoch** den 28. Februar d. J. mit Zahlungsfest bis 1. Septemb. d. J. im „Badischen Hof“ zu **Waghäusel** (Fabrik):

a. früh 9 Uhr im Weg des schriftlichen Angebotes aus Domänenveräußerungen „Untere Luß-

hardt“ u. „Wolgau“: 953 Fm. Forstschwellen in 5 Losen; aus Dom.-Wald „Ruhheimer“ u. „Philippsburger Altheim“: 160 Fm. Weiden u. Pappeln in 6 Losen. Die Angebote sind nach Losen getrennt für 1 Fm. zu stellen u. müssen verschlossen u. mit der Aufschrift „Submissionsangebot a. Ruhholz“ versehen spätestens am 28. Febr. d. J., früh 8 Uhr, beim Forstamt Philippsburg, oder um 9 Uhr in Waghäusel (Verfeinerungslof.) eingereicht sein. Die Eröffnung findet am gleichen Tage um 9 Uhr früh in Waghäusel statt, wozu die Kaufliebhaber eingeladen sind. Die näheren Bedingungen, wie auch die Anschläge, können beim Forstamt eingesehen werden. Die Einreichung eines Angebotes gilt als Annahme der Verkaufsbedingungen.

b. früh 9 1/2 Uhr im Weg der öffentlichen Verfeigerung: aus Dom. „Waldungen“ „L. Ruhhardt“ u. „Wolgau“: Forstabschnitte I. M. 294 Fm., II. M. 793 Fm., III. M. 233 Fm., u. 18 Fm. Forstschwellen; Laubstammholz: 126 Eichen II.—IV. M., 4 Eschen V., u. VI. M., 8 Buchen II.—IV. M. aus Dom.-Wald „Philippsburger Altheim“ 12 Weiden u. Pappeln II.—IV. M. mit 14 Fm. Losverzeichnis durch das Forstamt kostenlos erhältlich. T.938.2.2

Altpapier zur freien Verwendung der Käufer auf Meistgebot abzugeben:

Anmeldezettel ungefähr 4000 kg
Tarife ungefähr 4000 kg
Wäcker mit Dedel (Schreibpapier) ungefähr 2000 kg
Lücher mit Dedel (Druckpapier) ungefähr 1000 kg
Rechnungen ungefähr 10 000 kg.

Preisangebote verschlossen und mit entsprechender Aufschrift bis

Montag, 26. Februar d. J., vormittags 10 Uhr, postfrei an das unterzeichnete Bureau einzureichen, von dem auch die Verkaufsbedingungen bezogen werden können.

Karlsruhe, 17. Febr. 1912.
Material- und Druckfabrikbureau der Großh. Generaldirektion der Bad. Staats-eisenbahnen.

Altmaterialien öffentlich zu verkaufen:

A. **Metallmaterialien:** Seile, Klüsch, Leppichzeug, Lederabfälle, Wagenbedeckungen, Glascherben, Gummilaternen, Glühlampen, leere Fässer, Trüffel, Magnesiumfäden, Anfallarten.

B. **Metallwaren:** Feuerbüchsen, Kupferabfälle, als Bolzen, Klatten, Draht, Späne, Rat- und Gelbguß, Komposition, Wei ein.

C. **Oberbaumaterialien und sonstige Eisen- und Stahlwaren:** Schienen, Schwelken, Kleinisenzeug, Auslenkungen, Achsen, Radreifen, Siederöhren, Meße, Draht, Bremsklötze, Koffelbäume, Eisen- und Gußeisenabfälle usw.

D. **Drehspäne.** Gemischte Eisen-, Stahl- und Gußeisenabfälle.

Angelobtsbogen auf postfreie Anfrage bei uns erhältlich u. mit Aufschrift „Verkauf von Altmaterial am 5. März 1912“ verschlossen und postfrei, spätestens Dienstag den 5. März 1912, nachmittags 2 Uhr, bei uns einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen. Karlsruhe, 1. Febr. 1912.
Großh. Verwaltung der Eisenbahnmagazine.

Einfriedigungsarbeiten für den neuen Bahnhof Lahe nach Finanzministerialverordnung vom 3. Januar 1907 öffentlich zu vergeben in zwei Losen.

Hölzerne Einfriedigungen beiläufig 3200 lfd. m.
Eiserne Einfriedigungen beiläufig 1200 lfd. m.
Pläne und Bedingnisheft einzusehen auf unserer Kanzlei, Rheinstraße 15, sowie im Bauwesen in Lahe, ebenda Abgabe der Angebotsvorbrude; kein Versand nach auswärts. T.991.2.1

Angebote verschlossen, postfrei, mit Aufschrift „Einfriedigungen Lahe“, spätestens bis **Samstag** den 2. März d. J., nachmittags 5 Uhr, bei uns einzureichen.
Zuschlagsfrist 14 Tage.
Offenburg, 16. Febr. 1912.
Großh. Bauinspektion I.